



# Evangelische Verantwortung

Dezember 1986

## Gemeinsame Verantwortung für die Dritte Welt

Verstärkte Zusammenarbeit mit den Kirchen – ein wesentliches Element der Neuorientierung deutscher Entwicklungspolitik

Jürgen Warnke

Vierzig Jahre ist es her, daß wir selbst Hunger und Elend ausgesetzt waren, Hilfe brauchten, Hilfe erhielten und Hilfe dankbar annahmen. Heute, da wir weltweit in der Spitzengruppe der wohlhabenden Länder sind, ist es unsere Pflicht, denen zu helfen, die hungern und in Armut leben. Wir leisten deshalb Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung und aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.



Dr. Jürgen Warnke, MdB,  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

### Entwicklung ist Entfaltung schöpferischer Kräfte

Die Entwicklungshilfe steht in den 80er Jahren vor neuen Herausforderungen. Die Verschuldung vieler Entwicklungsländer, vor allem in Lateinamerika, erreichte krisenhaftes Ausmaß. Afrika wurde zum Hungerkontinent. Die gewandelten Herausforderungen, aber auch die Einsicht in Schwachstellen und Fehlleistungen der Entwicklungshilfe vergangener Jahrzehnte haben zu einer Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik geführt. Ausgangspunkt der Neuorientierung ist das Verständnis von Entwicklung als Entfaltung der schöpferischen Kräfte, die in den Menschen der Dritten Welt angelegt sind. Dies bedeutet:

Entwicklungshilfe muß ausgehen von den kulturellen und sozialen Gegebenheiten im Partnerland. Wir müssen eigene Wege eines Landes der Dritten Welt anerkennen und unterstützen und nicht versuchen, einem Land unsere eigenen Modelle überzustülpen. Nicht wir bestimmen das Ziel der Entwicklung, sondern wir leisten Hilfe im Respekt vor der Andersartigkeit fremder Kulturen.

Wer Entwicklung als Entfaltung schöpferischer Kräfte und Entwicklungshilfe als Unterstützung beim Erkunden eigener Wege versteht, für den ist klar: Entwicklung braucht Zeit, Entwicklungshilfe braucht Geduld und langen Atem.

---

## **Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe – ein gemeinsames Vorhaben von Staat und Kirche**

---

Entwicklung als Entfaltung schöpferischer Kräfte, das bedeutet auch: Entwicklungshilfe kann nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir arbeiten zur Zeit daran, das Instrumentarium der staatlichen Entwicklungshilfe so zu ändern und zu erweitern, daß es die Armen besser erreicht und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe mobilisiert. Die Kirchen, die uns in der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe einiges voraus haben, sind bei diesem Vorhaben eigenständiger und unverzichtbarer Partner des Staates. Sie haben sich – zusammen mit dem Entwicklungshilfeministerium und seinen Durchführungsorganisationen, privaten Hilfetragern und den politischen Stiftungen – zu einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ zusammengefunden und bringen dort ihren Sachverstand und ihre Erfahrung auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und der Förderung von Selbsthilfe ein. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ drohte zu einer inhaltslosen Floskel zu werden. Die Zusammenarbeit von Staat, Kirchen und privaten Entwicklungshilfeorganisationen eröffnet nun Möglichkeiten, ihn in konkrete Entwicklungshilfeprojekte zu überführen.

---

## **Geld ist nicht Entwicklung**

---

Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland erreichte 1985 mit 8,7 Mrd DM (das entspricht 0,47 Prozent des Bruttosozialproduktes) ihren Höchststand. Mehr als 50 Prozent unserer Entwicklungshilfe wird für die ärmeren und ärmsten Entwicklungsländer eingesetzt. Viele dieser Länder werden noch lange Zeit auf Hilfe angewiesen sein. Den ärmsten Entwicklungsländern haben wir auch dadurch Hilfe geleistet, daß wir ihnen Entwicklungshilfeschulden in Höhe von 4,2 Mrd DM erlassen haben. Neue Hilfe wird ihnen nur noch als Zuschuß gegeben, so daß keine neuen Entwicklungshilfeschulden mehr entstehen. Wir haben damit mehr zur Erleichterung der Auslandsverschuldung der ärmsten Länder getan als alle anderen Geberländer zusammen. Auch über internationale Entwicklungsinstitutionen leisten wir für die ärmsten Länder mehr als andere. Geld ist notwendig, um Entwicklungshilfe zu betreiben. Wir wissen aber heute, daß die Übertragung von viel Geld noch nicht viel Entwicklung bedeutet. Wichtiger als die Steigerung der Mittel ist die Verbesserung der Wirksamkeit unserer Hilfe.

---

## **Entscheidend sind die Rahmenbedingungen**

---

Die Bundesregierung arbeitet mit Entwicklungsländern unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesell-

schaftsordnung zusammen. Der Erfolg dieser Zusammenarbeit hängt vor allem davon ab, daß die Regierungen der Partnerländer Rahmenbedingungen schaffen, die ihrer Bevölkerung ein Mindestmaß an Spielraum zur Entfaltung schöpferischer Kräfte gewähren. Die Verantwortung für solche Rahmenbedingungen können und wollen wir unseren Partnern in der Dritten Welt nicht abnehmen. Aber wir sprechen mit ihnen über die Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung und über die größten Entwicklungsengpässe und -hemmnisse. Dabei ist dieses als Politikdialog bezeichnete Gespräch keine Einbahnstraße. Es dient genauso der Kurskorrektur bei den Geberländern.

Die Industrieländer tragen Verantwortung für den Teil der Rahmenbedingungen, auf den sie Einfluß haben. Das heißt: Wir müssen unsere Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer offenhalten und öffnen, damit die Menschen in der Dritten Welt die Früchte ihres Fleißes auch ernten können.

Das heißt weiter: Unsere Landwirtschaft muß leben können, deshalb müssen wir sie unterstützen. Aber weder für unsere Bauern, noch für den Steuerzahler, noch für die Entwicklungsländer ist es zumutbar, daß Jahr für Jahr Milliarden aufgewendet werden, um Agrarüberschüsse zu lagern und zu verwalten, nur um sie dann zu Lasten der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt zu verschleudern. Die Zeit ist reif für eine Reform des europäischen Agrarmarktes mit dem Ziel des Abbaus struktureller Überschüsse. Es mag eine Sternstunde sein, daß Bundesregierung, Parlament und Bauernverband in diesem Punkt übereinstimmen.

---

## **Seit über 20 Jahren: Staatlich-kirchliche Zusammenarbeit für die Dritte Welt**

---

Entwicklungshilfe ist nicht allein Sache des Staates, sondern eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Verständnis in der Bevölkerung für die Probleme der Entwicklungsländer und der Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger sind Voraussetzung für eine breit angelegte und wirksame Entwicklungshilfe. In dieser Erkenntnis hat die Bundesregierung nach Vorstellungen des damaligen Bundeskanzlers Dr. Adenauer schon 1962 begonnen, die nicht-staatlichen Initiativen in der Entwicklungshilfe zu fördern. Dabei waren die Kirchen Vorreiter in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. Erst später wurde das erfolgreiche Modell staatlich-kirchlicher Zusammenarbeit auch auf andere nicht-staatliche Trägerorganisationen ausgedehnt.

Zwischen den Kirchen und der Bundesregierung besteht Einvernehmen über folgende Grundsätze ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit:

- Autonomie der Kirchen bei der Projektauswahl
- Vergabe der öffentlichen Mittel ohne politische Auflagen
- keine staatliche Förderung von Projekten mit missionarischem Charakter.

Das bedeutet, daß die Kirchen ihre Hilfsprogramme eigenverantwortlich gestalten. Die Bundesregierung beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Vorhaben entwicklungspolitisch und außenpolitisch zu prüfen. Sie verzichtet bewußt darauf, den Kirchen vorzugeben, was sie tun und mit wem sie in den Entwicklungsländern zusammenarbeiten sollen.

Diese enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen zugunsten der Menschen in der Dritten Welt ist weltweit einmalig und gilt seit nunmehr fast 25 Jahren als Markenzeichen deutscher Entwicklungspolitik. Die Kirchen haben durch die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die Möglichkeit, ihren – ohnehin beachtlichen – Einsatz für die Notleidenden und Schwachen in den Entwicklungsländern finanziell und personell zu verstärken, ohne dadurch zum Erfüllungsgehilfen des Staates zu werden. Der Staat wiederum kann von den spezifischen Entwicklungshilfeerfahrungen der Kirchen lernen. Beiden Partnern eröffnet die Zusammenarbeit die Möglichkeit, die Einrichtungen der Kirchen in der Dritten Welt mit ihren leistungsstarken einheimischen Basisstrukturen stärker zu nutzen.

In vielen Ländern leisten die Kirchen Entwicklungsarbeit unter schwierigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Sie gehen dabei oft auch Risiken ein und betreten entwicklungspolitisches Neuland. Wo staatliche Zusammenarbeit wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen oder unzureichenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht möglich ist, können die Kirchen der notleidenden Bevölkerung auf direktem Weg zu Hilfe kommen.

---

### **Überdurchschnittliche Steigerung der Fördermittel**

---

Die Bundesregierung schätzt die Entwicklungsarbeit der Kirchen hoch und unterstützt sie nach Kräften. In den letzten Jahren wurde – trotz Einsparungen in anderen Bereichen – die Kirchenhilfe im Vergleich zum Gesamthaushalt des Bundes und zum Entwicklungshilfeetat überproportional gesteigert. Allein 1985 sind für 408 kirchliche Entwicklungsvorhaben Förderzusagen in Höhe von rund 250 Mio DM gegeben worden. Das sind 11,5 Prozent mehr als 1984 und 58 Prozent als 10 Jahre zuvor. Im laufenden Jahr wird das Fördervolumen voraussichtlich eine Steigerungsrate von fast 7 Prozent erreichen. Insgesamt betragen die staatlichen Finanzierungszusagen gegenüber den beiden Kirchen im Zeitraum 1962 bis 1985

rund 3,1 Mrd DM für insgesamt 5.061 kirchliche Entwicklungsvorhaben. Dabei gingen die Gelder je zur Hälfte an die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe und an die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Zur Abrundung des Bildes gehören die Eigenmittel, die die Kirchen selbst für ihre Entwicklungsarbeit aufbringen. Diese Gelder aus Spenden, aber auch aus Kirchensteuern, machen mehr als das Dreifache dessen aus, was die Bundesregierung an öffentlichen Zuschüssen bereitstellt.

Durch ihre entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit haben die Kirchen geholfen, in unserem Land Vorbehalte gegen die Entwicklungshilfe abzubauen und der Entwicklungspolitik als eigenständigem Politikbereich Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Daß sich heute fast dreiviertel der Bürger für die Entwicklungshilfe aussprechen, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst kirchlicher Überzeugungs- und Informationsarbeit. Mit welchem großem Einsatz und Ernst sich die evangelische Kirche dem Thema Entwicklungshilfe stellt, hat unlängst wieder die Synode der EKD in Bad Salzuflen gezeigt, die sich sechs Tage lang mit entwicklungspolitischen Fragen befaßte. Die Bundesregierung nimmt den auf der Synode verabschiedeten Appell an die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft auf. Die dort genannten Schwerpunkte decken sich in hohem Maß mit unseren entwicklungspolitischen Erfahrungen und Erkenntnissen. Zu ihrer Umsetzung wird die Bundesregierung auch in Zukunft das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den Kirchen suchen.

## **CDU: 4,6 Mio. DM für die Dritte Welt**

Mitglieder und Freunde der CDU haben in den vergangenen vier Jahren im Rahmen der „Aktion Dritte Welt“ mehr als 4,6 Mio Mark aufgebracht. Damit sollen, so erläuterte der Vorsitzende des CDU-Fachausschusses Entwicklungspolitik, **Karl Lamers**, in Bonn, 253 Entwicklungsprojekte in 49 Ländern unterstützt werden.

Nach Angaben von Lamers dienen die Mittel nicht Großprojekten, sondern kommen einer möglichst großen Zahl überschaubarer Einzelvorhaben zugute. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die wirtschaftliche und soziale Not in der Dritten Welt zu lindern. Schwerpunkte der Hilfe liegen in den Bereichen Ernährungssicherung, Gesundheitswesen, schulische und berufliche Bildung.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen 1985 mit 8,7 Milliarden Mark Rekordhöhe erreicht haben. Die Bundesrepublik Deutschland leistet mehr Entwicklungshilfe als alle Staaten des Warschauer Paktes zusammen.

# Markt und Moral

Klaus Weigelt

Ein alter Streit dreht sich um die Frage, ob es in der Marktwirtschaft genüge, sich den Regeln des Marktes entsprechend zu verhalten, oder ob zusätzlich moralische Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien. Diese Frage geht von der Voraussetzung aus, daß die Beachtung von Marktregeln selbst noch nicht als moralisch zu qualifizieren ist, weil sie dem Prinzip des Eigennutzes folgt und deswegen der Ergänzung durch ethische Maximen bedürfe. Als solche werden dann oft die Solidarität, die Soziale Verantwortung oder auch die Beachtung des Gemeinwohls genannt.

Auf den ersten Blick scheint diese Frage plausibel zu sein, doch beim Hinschauen zeigen sich Probleme, die einer näheren Analyse bedürfen, vor allem wenn man berücksichtigt, daß wir aus der Wirklichkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft heraus argumentieren und nicht vor dem Hintergrund des Modells einer irgendwie gearteten reinen Marktwirtschaft. Dem näheren Verständnis mögen die folgenden Thesen dienen:

## 1. Der moralische Grundkonsens

Die Marktregeln innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft müssen natürlich auf einem moralischen Grundkonsens beruhen. Dieser allein sichert aber noch nicht die Marktregeln, also die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern die Rechtsordnung insgesamt, von denen die Marktregeln ein Teil sind. Es ist Aufgabe der Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, diese Rahmenbedingungen zu schaffen, immer wieder zu überprüfen und auszugestalten und damit als Bindeglied zwischen dem moralischen Grundkonsens und den Marktregeln zu dienen. Diese sind also selbst Ausdruck des Grundkonsenses und enthalten deswegen in der Sozialen Marktwirtschaft durchaus moralische Qualität. Wer sich also innerhalb der Rahmenbedingungen bewegt, handelt nicht unmoralisch. Gerade auch dann nicht,

wenn er eigennützige Ziele verfolgt. Das ist Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, für die der Staat zuständig ist, und dem moralischen Grundkonsens bei den Bürgern unseres Gemeinwesens.



Klaus Weigelt

## 2. Wertwandel und Rechtsordnung

Nun ist aber die Rechtsordnung keine Konstante. Sie verändert sich und sie kann sogar Gefahr laufen, ihren Wesensgehalt einzubüßen. Bundespräsident von Weizsäcker hat dazu vor dem Deutschen Juristentag in Berlin folgendes ausgeführt: „Das Recht kann das sittlich-geistige Bewußtsein des Bürgers stärken, nicht aber es schaffen. Das Recht kann zum Konsens beitragen, nicht ihn ersetzen. Unsere Verfassung bekennt sich zu Werten, die wir nicht verletzen dürfen, obwohl wir ihren Inhalt rechtlich konkret kaum erfassen können.“

Hier wird zum Ausdruck gebracht, daß das positive Recht und das sittlich-geistige Bewußtsein der Bürger nicht identisch sind. Daraus resultiert eine doppelte Gefährdungsmöglichkeit für die Rechtsordnung. Zum einen wird sie heute zunehmend gefährdet durch das Zerschneiden des moralischen Grundkonsenses. Wir sprechen in diesem Zusammenhang oft von Wertwandel, womit wir die veränderte Einstellung der Menschen zu den Werten umschreiben. Diese Tendenz zum Zerschneiden des moralischen Grundkonsenses kennen und beobachten wir seit 200 Jahren als Prozeß der Säkularisierung. Die Katholische Soziallehre spricht von Säkularismus. Diese Gefahr wird ergänzt durch eine zweite: Denn die Rechtsordnung wird auch zunehmend durch Sanktionsverzicht oder -unmöglichkeit ausgehöhlt. Mit anderen Worten, das Recht verliert seine Bedeutung, wenn die Instanzen, die das Wächteramt über das Recht ausüben, seine Durchsetzung nicht mehr ernst nehmen. Wir erkennen eine Wechselwirkung zwischen diesen beiden Gefahren: Der Wertwandel fördert den Sanktionsverzicht, die Sanktionsunmöglichkeit beschleunigt den Wertwandel. Ein Teufelskreis.

Es gibt auch eine andere Gefahr für die Rechtsordnung, nämlich überall dort, wo die politische Macht dem Recht vorgeordnet bleibt, also im Ostblock und in der Mehrzahl der Entwicklungsländer. Dort kann von einer Herrschaft des Rechts nicht gesprochen werden. Denn diese gilt nur da, wo der Herrscher schweigen muß, wenn die Gesetze sprechen, wie Friedrich der Große es ausgedrückt hat.

Auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten oder Wirtschaftsregionen erleben wir es als Realität, daß oft

die politische Opportunität dem Völkerrecht und dem internationalen Privatrecht vorgeordnet wird und damit die Rückbindung der Marktregeln über eine internationale Rechtsordnung an einen moralischen Grundkonsens der Völker unterbleibt. Die beklagenswerten Folgen dieser Verfahrensweisen erkennen wir in den Ländern der zweiten und dritten Welt.

### 3. Marktwirtschaft ohne Ethik?

Erstaunlicherweise hat diese Situation zu der Schlußfolgerung bei vielen Menschen geführt, daß die Zentralverwaltungswirtschaft der Marktwirtschaft moralisch überlegen sei. Diese Schlußfolgerung beruht auf der Fehlinterpretation von Ursache und Wirkung: Kommen Elend, Hunger und Not über die Menschen, weil Marktregeln eigennützig und rigoros angewandt werden, oder sind gerade diese Marktregeln außer Kraft gesetzt zugunsten besonderer politischer Ziele und haben deswegen Hunger, Not und Elend zur Folge? Die Beantwortung dieser Frage spaltet heute viele Menschen auch in unserem Lande, insbesondere im kirchlichen und hier wieder im evangelischen Bereich. Dabei gehen die Gegner der Marktwirtschaft von einem Feindbild aus, das die wesentliche Voraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich die sie ermöglichende Rechtsordnung, nicht zur Kenntnis nimmt. Das Fehlen dieser Voraussetzung in den meisten Entwicklungsländern und auf internationaler Ebene verleitet die Kritiker zu dem Schluß, Marktwirtschaft sei per se vom Teufel. Sie sei ohne Ethik, diene nur den Reichen und führe die Armen immer weiter ins Elend hinein.

Liegt aber der Kern des Problems für die dritte Welt und auf internationaler Ebene im Fehlen einer wirkungsvollen Rechtsordnung, dann ist es mehr als problematisch, ausgerechnet von der Zentralverwaltungswirtschaft (Dirigismus) sittliche Überlegenheit zu erwarten. Denn gerade in den so organisierten Systemen ist das

Recht der politischen Opportunität unterworfen. Höhere Sittlichkeit könnte man also dann erwarten, wenn man davon ausgeht, daß die politische Führung von einer solchen geprägt sei. Das ist aber bekanntermaßen weder im Ostblock, noch in den meisten Ländern der dritten Welt der Fall.

### 4. Verbesserung der Rechtsordnung

So bleibt uns also nichts anderes übrig, als in unserem eigenen Lande die ständige Verbesserung der Rechtsordnung anzustreben, um das sittlich-geistige Bewußtsein des Bürgers zu stärken, wie der Bundespräsident es ausgedrückt hat, zugleich aber auch den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre moralische Qualität zu verleihen. Dieses Ziel muß unsere Regierung auch auf internationaler Ebene für die Verbesserung des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts vor Augen haben, sowie in der internationalen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Das ist eine Aufgabe, die noch Jahrzehnte beanspruchen wird und Geduld, Langmut und Durchhaltevermögen erfordert.

Auf dem Wege zur Lösung dieser Aufgabe müssen wir uns politisch kontinuierlich und dauerhaft den folgenden beiden Forderungen stellen:

#### a) *Verbesserung der Reichweite der Ordnungspolitik.*

Der Mensch neigt von Natur aus dazu, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Das verleitet ihn dazu, sein moralisches Verhalten auch unter dem Gesichtspunkt des Risikos zu kalkulieren. Das berühmte Kavaliersdelikt ist Ausdruck dieses Denkens. Wo keine oder nur eine geringfügige Sanktion droht, läßt man schon einmal fünf gerade sein. Umgekehrt handelt auch der moralisch Anfällige ethisch verantwortungsbewußt, wenn die im Ordnungsrahmen gesetzten Regeln ihm kein Ausweichen erlauben. Man könnte also sagen: Ordnungspolitik schafft Moral. Aber eben

nur so weit, wie ihr Arm reicht. Dieser Arm reicht bekanntlich bei uns nicht unbedingt bis in alle Winkel der Schattenwirtschaft, und auf internationaler Ebene, wo es nur unzureichende Instanzen zur Rechtsdurchsetzung gibt, ist der Arm der Ordnungspolitik ebenfalls schwach. Dasselbe gilt für die meisten Entwicklungsländer. Darum ist es dringend erforderlich, daß sich die einzelnen Staaten für ihren nationalen Zuständigkeitsbereich und die Staatengemeinschaft insgesamt für die Weltwirtschaftsordnung als Garanten des Rechts verstehen und dieses Verständnis auch glaubwürdig politisch umsetzen.

Aus dieser Überlegung ist zu folgern, daß es wesentlich glaubwürdiger von Seiten der Kirchen wäre, die Herrschaft des Rechts im nationalen und internationalen Rahmen einzufordern, als mit nie erlahmendem Eifer Kritik an der desolaten Verteilungssituation zwischen Nord und Süd zu üben. Diese Kritik greift eindeutig zu kurz. Im übrigen kann sie sich der Natur der Sache nach nur in moralischen Appellen erschöpfen, ohne den Kern des Problems zu erreichen. Die Verteilung ist nur ein Symptom. Das Problem selbst liegt in der geschilderten Nichtachtung des Rechts.

#### b) *Stärkung des moralischen Grundkonsenses.*

Was ist damit gemeint? Der Bundespräsident sagt in der bereits erwähnten Rede, daß es andere

## Aus dem Inhalt

Gemeinsame Verantwortung für die Dritte Welt	1
Markt und Moral	4
Die Ludwig-Erhard-Stiftung	6
Auf den Spuren der Hanse	8
Es muß viel vergeben werden	11
Ein Traum: wir protestieren uns zu Tode . . .	12
Namen und Nachrichten	13
Aus unserer Arbeit	14
Erinnerung an Elisabeth Schwarzhaupt	15

währten Rede, daß es andere Werte und Quellen gebe, von denen der Mensch lebe. Ein Ausdruck dieser Erkenntnis sei die Gnade: Die ganze Rechtsordnung bleibe darauf angewiesen, daß eine Gnade erfahrbar bleibe, die das Recht achte, ihm aber nicht unterworfen sei. Damit ist gemeint, daß es etwas dem positiven Recht Vor- und Übergeordnetes geben muß, das dem positiven Recht unverfügbar bleibt. Die Katholische Soziallehre spricht hier eher von Vernunft- oder Naturrecht. Dieses besteht unabhängig vom Bewußtsein der Menschen. Das ist ein wichtiger Satz, denn er besagt, daß sich der moralische Grundkonsens zwar im sittlich-geistigen Bewußtsein der Bürger äußert, seine Quellen aber unabhängig von diesem Bewußtsein existieren.

Darum heißt Stärkung des moralischen Grundkonsenses auch nicht, das sittlich-geistige Bewußtsein der Bürger auf eine gemeinsame, dem jeweiligen Zeitgeist entsprechende einvernehmliche Grundlage zu stellen, sondern dafür zu sorgen, daß die Verbindung des sittlich-geistigen Bewußtseins zu seinen Fundamenten – Vernunftrecht oder Gnade – erhalten bleibt. Dies ist konservativ, vor allem aber christlich, oder allgemein gesprochen religiös. Der Bundespräsident sagt dazu: „Es

gibt in unserer geschichtlichen Wirklichkeit keine Réchtsethik ohne religiöse Wurzeln, es gibt keine wichtige Religion, ohne einen Bestand rechtsethischer Normen.“ Die zentrale Aufgabe von Bildung und Erziehung liegt hier. Nur wenn sie verantwortlich, das heißt eingedenk der genannten Bedingungen gelöst wird, kann es auf Dauer einen moralischen Grundkonsens geben, als Fundament für die Rechtsordnung und menschliches Verhalten im nationalen und internationalen Bereich.

---

#### Fazit:

---

Die Soziale Marktwirtschaft bleibt unter Berücksichtigung der vorstehenden Thesen der bisher einzige theoretische und politische Entwurf einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in dem die Geltung anonymer Marktregeln und Gesetze mit dem verantwortungsbewußten Handeln von Menschen am wirkungsvollsten verbunden werden kann. Die Soziale Marktwirtschaft begreift Marktwirtschaft nicht als reinen Mechanismus. Das wäre ein Irrtum. Sie erzwingt aber auch nicht moralisches Verhalten durch Appelle. Das wäre zwecklos. Vielmehr schafft sie die rechtlichen und ordnungspolitischen Voraussetzungen dafür, daß

die Menschen freiwillig in Solidarität und Verantwortung handeln. Deswegen gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft keinen inneren Widerspruch zwischen Markt und Moral, Eigengesetzlichkeit und Sittlichkeit, wenngleich selbstverständlich im Einzelfall auch in der Sozialen Marktwirtschaft unmoralisches und verantwortungsloses Verhalten angetroffen werden kann.

Entgegengetreten muß man den rigorosen Moralisten, die einseitig ungerechte Verteilungssituationen und soziale Mißstände anklagen, ohne deren Ursachen zu analysieren, wie auch den wirtschaftlichen Funktionalisten, die im Markt einen reinen Mechanismus sehen und ihr Verhalten als Gehorsam den ökonomischen Gesetzen gegenüber interpretieren und allein darin bereits ihr Ethos erkennen.

Das Ethos in der Sozialen Marktwirtschaft ist mehr. Es ist das verantwortliche Handeln des Menschen unter der Herrschaft des Rechts.

---

**Anm.:** Klaus Weigelt ist Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung und gehört dem EAK-Bundesvorstand an. Nicht nur zu Fragen einer Wirtschaftsethik hat er wiederholt Stellung genommen. U. a. ist er Mitautor des Buches „Christliche Verantwortung für eine humane Weltentwicklung“, Hannover 1981.

---

## Die Ludwig-Erhard-Stiftung

Volkhard Laitenberger

---

Ludwig Erhards bleibende historische Leistung waren die Durchsetzung und der Ausbau unserer Wirtschaftsordnung, der „Sozialen Marktwirtschaft“. Mit der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948, die oft als ein mutiger Sprung ins kalte Wasser charakterisiert wurde, trat fast schlagartig eine neue, hoffnungsvollere Situation ein nach Jahren schwerster Entbehrungen und Unsicherheiten.

Aber es war damit erst eine notwendige, keineswegs eine schon hinreichende Bedingung für die Soziale Marktwirtschaft erfüllt. Man braucht sich nur die Auseinandersetzungen um das „Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft“, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, ins Gedächtnis zu rufen – sie dauerten von 1948 bis 1957 und waren auch nach der Verabschiedung des Geset-

zes noch keineswegs abgeschlossen –, um zu ermessen, daß Erhards Politik eine Politik der Grundsatztreue, der Beharrlichkeit und des langen Atems sein mußte. Bis heute trifft zu, was er 1965 als Bundeskanzler sagte: „Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat auf der letzten Bundestagung des EAK an die ethischen Voraussetzungen und Implikationen erinnert, unter denen die Verwirklichung dieser Aufgabe steht<sup>1)</sup>. Die **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft**, der sich die Koalition der Mitte verschrieben hat, kann nur in einer Gesellschaft gelingen, in der ein Minimalkonsens über Normen und Wertorientierungen existiert. Der Bundeskanzler wies auch auf die herausragende Rolle hin, die gerade einige bewußte evangelische Christen in den Unionsparteien beim Entwurf und bei der Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gespielt haben. Ludwig Erhard erklärte im Juni 1956 vor dem EAK, dem er eng verbunden war, je freier eine Wirtschaft in ihren Grundzügen und in ihrer geistigen Fundierung sei, „um so christlicher wird sie auch sein, weil sie dem Menschen mehr gibt – mehr an Leben, mehr an Entfaltungsmöglichkeiten, mehr an Verantwortung, mehr an Gewissen“.

So sehr die Union das Verdienst hat, mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik durchgesetzt zu haben, und so sehr es heute darauf ankommt, sich in diese Kontinuität zu stellen, ist es doch unerläßlich, daß die Soziale Marktwirtschaft auch über Parteigrenzen hinweg als die Grundordnung unserer Wirtschaft und Gesellschaft verstanden werden kann und dargestellt wird.

Schon 1967, wenige Monate nach seinem Rücktritt, gründete der Altbundeskanzler deshalb eine Stiftung, die „Ludwig-Erhard-Stiftung“. Er wurde ihr erster Vorsitzender. Nach seinem Tod 1977 übernahm den Vorsitz der Stiftung Professor **Dr. Alfred Müller-Armack**, der Religionssoziologe, Nationalökonom und, von 1952 bis 1963, Abteilungsleiter bzw. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft. Auf ihn – er starb 1978 – folgte Erhards jahrelanger enger Mitarbeiter Ministerialdirektor a. D. **Dr. Karl Hohmann**, der bis heute die Stiftung führt. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende zwei Publizisten – **Dr. Fritz**

**Ullrich Fack** und **Johannes Gross** – und zwei Nationalökonominnen – Professor **Dr. Wolfgang Stützel** und Professor **Dr. Christian Watrin** – sowie als Schatzmeister der Berliner Wirtschaftssenator **Elmar Pieroth**. Ein weiteres Organ der Stiftung neben dem Vorstand ist die satzungsmäßig auf höchstens 50 Vereinsmitglieder beschränkte Mitgliederversammlung. Um die Stiftung hat sich ein zur Zeit etwa 1.000 Mitglieder umfassender Freundeskreis gebildet, dem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik



Ludwig Erhard

und Verwaltung, darunter ein relativ hoher Anteil an Studenten, angehören.

Unabhängig von Parteien und Verbänden will die Ludwig-Erhard-Stiftung dem ordnungspolitischen Denken im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ein Forum öffnen. Ihr Feld ist nicht die Tagespolitik. Sie fördert freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft durch staatsbürgerliche Erziehungs- und Bildungsarbeit im In- und Ausland sowie durch wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Ordnungspolitik (§ 2 der Satzung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.).

Die Möglichkeiten, dieser Aufgabe gerecht zu werden, nutzt die Ludwig-Erhard-Stiftung, im Rah-

men ihres (im Vergleich zu den parteinahen politischen Stiftungen bescheidenen) finanziellen Spielraums, auf vielfältige Weise. Im Zentrum der Arbeit stehen die bis zu vier wissenschaftlichen Symposien jährlich. Die weithin beachteten Protokolle dieser Tagungen enthalten die Fachreferate und die systematisch redigierten Diskussionsbeiträge; sie sind über den Buchhandel erhältlich (Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York). Die Themen der jüngsten Symposien waren: „**Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft**“, „**Steuerpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft**“, „**Kontinuität und Wandel der deutschen Wirtschaftspolitik**“. Vor allem für ihre Freundeskreismitglieder gibt die Stiftung die Vierteljahreszeitschrift „**Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**“ heraus, die neben ordnungspolitischen Beiträgen, Analysen zur Wirtschaftspolitik im In- und Ausland, Tagungsberichten, Rezensionen und aktuellen Hinweisen auch zeitgeschichtliche Themen aufgreift. Ferner unterhält die Stiftung das **Ludwig-Erhard-Archiv**, das den historisch sehr bedeutsamen Nachlaß Ludwig Erhards verwahrt und über umfangreiche Sammlungen zu seinem Lebenswerk verfügt. Im Rahmen der Benutzungsordnung stehen diese Materialien der wissenschaftlichen Forschung offen. Das Archiv führt auch selbst zeitgeschichtliche Forschungsprojekte durch.

Die stärkste Öffentlichkeitswirkung erzielt die Stiftung mit ihrem alljährlich im Februar – Erhards Geburtstag ist der 4. Februar – verliehenen „**Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik**“. **Raymond Barre** und **Thomas Löffelholz** (1984), **Walter Kannengießer**, **Olaf Sievert** und **Henry C. Wallich** (1985), **Johannes Gross**

*„Ich habe keine Zweifel, daß . . . unsere Soziale Marktwirtschaft wesentlich dazu beigetragen hat, das Vertrauen weitester Bevölkerungskreise in die Bundesregierung zu stärken.“*

Konrad Adenauer, „Die Presse“, 5. 6. 1954

und Artur Woll (1986) waren die Preisträger der letzten Jahre. Rang und publizistischer Einfluß dieser Autoren machen sinnfällig, daß die Soziale Marktwirtschaft die Fürsprecher besitzt, die sie braucht, damit die Bürger „diese Wirtschaftsordnung als einen wesent-

lichen Teil unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung begreifen und davon überzeugt sind, daß ihre ganz persönliche Existenz davon in starkem Maße beeinflusst wird“, wie es in der Präambel der Satzung des Ludwig-Erhard-Preises heißt.

**Anmerkung:** Dr. Volkhard Laitenberger ist der Leiter des Ludwig-Erhard-Archivs.

1) Der Text dieser Rede ist in der EAK-Broschüre zur 27. Bundestagung in Hannover wiedergegeben, die über die Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, bezogen werden kann.

## Auf den Spuren der Hanse

– Beobachtungen und Reflexionen in Mecklenburg –

Friedrich Menke

*Rügen lohnt eine Reise, lohnt immer wieder hinzufahren.*

*Der Frühling ist schön, wenn die himmelragenden Buchen der Stubbenkammer im zarten Grün leuchten, auch der Spätherbst lohnt sich mit seinen gold-roten Farben, die im Sonnenlicht stets wechseln.*

*Es ist eine romantische Landschaft, die wir auch mit den Augen Caspar David Friedrichs sehen, dem wir viele Bilder dieser größten deutschen Insel verdanken.*

*Die Fahrt von Stralsund zur Stubbenkammer, von dort nach Sassnitz und dem ehemaligen Modebad Binz ist abwechslungsreich: große Getreide- und Kartoffelschläge, Buchenwälder, stets hügelig, vorbei an der mittelalterlichen Backsteinkirche von Bobbin, die auf einem Hügel liegt, von dem aus man bei klarer Sicht das Kap Arcona erkennt. Diese Kulturlandschaft erweckt Erinnerungen an die Kindheit, an das alte, vorindustrielle Deutschland, kopfsteinpflastrige Alleen gehören dazu, kleine Häuser, die eine große alte Kirche wie eine Glucke ihre Küken beschützt, ebenso die herrschaftliche Schloßanlage des Malte von Putbus, der sich von Friedrich Schinkel klassizistische Gästehäuser und Theater um einen großen Rundplatz, ein „Caroussell“, errichten ließ.*

*Den Fürsten von Putbus gehörten große Teile Rügens, geblieben sind nur noch Park und Schloßbau-*

*ten. Die 45 Hamburger Angestellten und Beamten, die an dieser spätherbstlichen Reise nach Wismar, Bad Doberan, Rostock, Stralsund und Rügen teilnahmen, waren begeistert. Gewiß, es erinnert manches an Schleswig-Holstein: die schwingende endmoränige Hügellandschaft, der schwere Himmel mit seinen ziehenden Wolken, aufgeheitert durch die Sonnenstrahlen und die breite, ruhige Sprache, die Hamburger und Mecklenburger verbindet. Man versteht sich, snakt platt, und redet sich familiär im Dual – „ihr, euch“ – an.*

*„Auf den Spuren der Hanse“ führte diese Reise zunächst nach Wismar. Dort stieg zu uns Frau H., eine kluge Dame, beredt und so kundig, daß man Erklärungen und Organisation getrost ihr überlassen konnte. Seit sieben Jahren für das staatliche DDR-Reisebüro arbeitend, verkörperte sie den Typ einer privilegierten DDR-Bürgerin, der auch Kontakte mit anderen Westgruppen wie z. B. Reisejournalisten oder CSU-Fraktionen zugemutet werden. Dazu war sie kritisch, was die Versorgung mit Wohnraum, Zuteilung von gutem Papier für den Druck der Publikationen angeht, denen keine hohe Druckpriorität zuerkannt werden. In den Buchhandlungen ist daher die Auswahl immer noch gering und zufällig wirkend. Einiges mag unter dem Ladentisch liegen oder aufgrund von Wartelisten zugeteilt werden, aber es bleibt ein*

*planwirtschaftliches, mangelwirtschaftliches Angebot. Dies gilt auch für andere Bereiche des einfachen oder gehobenen Konsums: Kleine Äpfel, teure grüngelbliche Apfelsinen und Pampelmusen, Grünkohl, Rüben, Kartoffeln. Und die Anzüge, Kleider in den Schaufenstern der Kaufhäuser – z. B. im ehemaligen Wismarer Stammhaus*

### Unsere Autoren:

Dr. Jürgen Warnke, MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit  
Karl-Marx-Str. 4-6  
5300 Bonn

Klaus Weigelt  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Schloß Eichholz  
Postfach 13 31  
5047 Wesseling

Dr. Volkhard Laitenberger  
Ludwig-Erhard-Archiv  
Johanniterstr. 8  
5300 Bonn

Dr. Friedrich Menke, MdBB  
Am Wall 135  
2800 Bremen

Bischof  
Helinz-Georg Binder  
Fritz-Erler-Str. 4  
5300 Bonn

Oberkirchenrat  
Prof. Dr. Karl Dienst  
Paulusplatz 1  
6100 Darmstadt

Albrecht Martin, MdL  
Minister für Bundesangelegenheiten  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Schedestr. 1-3  
5300 Bonn

von Rudolf Karstadt – erinnern den verwöhnten Hamburger oder Bremer an die ersten Nachkriegsjahrzehnte. Am stärksten fällt auf, wie grau, farblos die Straßen, Häuserfassaden immer noch aussehen. Die meisten Häuser in den Dörfern, in den Ackerbaustädtchen, aber auch in Wismar oder Rostock müssen noch renoviert und farblich akzentuiert werden. Allein, es fehlt an guter Farbe, es fehlt an Handwerkern und es fehlt an Geld; denn die Mieten sind aus politischen Gründen ebenso wie Grundnahrungsmittel und Grundkulturmittel (Schule, Hochschule, Museen usw.) für den Mieter, Konsumenten, Lernenden sehr niedrig angesetzt. Es ist daher ausgeschlossen, mit der Miete die notwendige Bausubstanz zu erhalten. Einzelne Häuser, Straßen, Bezirke werden – wie im Hafengebiet der Rostocker

City – mit öffentlichen Mitteln errichtet oder restauriert, einige auch in sehr ansprechenden gotisierenden Backsteinfassaden (Prof. Baumbach in Rostock), aber viele andere Häuser verfallen. In Wismar aber auch in Rostock überläßt man jungen Paaren, die eine Wohnung suchen, solche Häuser, die sie bei Lieferung erforderlicher Materialien selbst herrichten: Offensichtlich eine vernünftige, akzeptierte Formel. Die Innenstädte werden wieder anziehender, nachdem jahrzehntelang im rasch wachsenden Rostock Trabantenstädte mit phantasielosen Blöcken bevorzugt worden sind. Heute sagt man, daß diese Baupolitik zwar notwendig, aber auch problematisch gewesen sei.

In Wismar führt uns ein baum langer „Stabi“ (Stadtbilderklärer)

durch die Stadt, als Grundschullehrer für Sport und Werken ist er es gewohnt, klar und verständlich das mittelalterliche und moderne Wismar zu vergegenwärtigen. Im Heiliggeistkloster – einem ehemaligen Armenspital – erläutert Pastor Dr. Brunner fröhlich die Schönheiten des spätmittelalterlichen Saalbaus, an dessen Balkendecke Maler des frühen 18. Jahrhunderts bekannte Geschichten des Alten und Neuen Testaments bunt, naiv gemalt haben, eine Biblia pauperum also, Anschauungsmaterial für die des Lesens nicht kundigen Bürger und Kinder. Durch das Zisterzienserkloster Bad Doberan führt uns fachkundig Pastor Schmidt. Dieses riesige, himmelragende turmlose Gemäuer aus dem 13. und 14. Jahrhundert ist vor kurzem vollständig renoviert worden: Rot-Weiß und auch sonst mittelalterlich-farbenprächtig. Ruhestätte vieler Herzöge von Mecklenburg-Schwerin und Fundort deftiger Grabinschriften:

Hier ruhet Ahlke Ahlke Pott  
Bewahr uns leve Herre Gott  
As ick di wull bewahren,  
wenn du wehrst Ahlke Ahlke Pott  
und ich währ leve Herre Gott.

Eindrucksvoll ist der Leuchter mit der lieblichen spätmittelalterlichen Maria im Strahlenkranz oder der Kreuzlettner, dessen eine Seite eine einzige überströmende Huldigung an die Jungfrau Maria darstellt.

Noch heute ist es unvorstellbar, wie rasch die kirchlichen Reformbewegungen der Zisterzienser und später der Franziskaner und Dominikaner sich im Ostseeraum ausbreiteten, Land und Leute kultivierten und formten. Pastor Schmidt nutzte auf eine kluge, lockere Weise – lachend die Wahrheit sagen – diese Möglichkeit, nicht nur Kunst zu erklären, sondern den Besuchern etwas von dem Geist zu verdeutlichen, der diese Schönheiten gestaltet hat und auch heute noch neben dem Gottesdienst das Christenleben im „real existierenden Sozialismus“ bestimmt.

Es scheint, daß auch dieser Bereich zwischen Staat und Kirche entkrampfter geworden ist. Aber



Caspar David Friedrich, Kreidefelsen auf Rügen

hier wie auch in anderen politikrelevanten Feldern sind Zeit und Vertrauen für längere, offene Gespräche nötig, um Probleme so herauszuarbeiten, wie es die Evangelischen Kirchen der DDR und auch jüngst die katholischen Bischöfe der DDR versucht haben. Wie kann ein Christ in einer erklärtermaßen atheistischen, kirchenfeindlichen Gesellschaft leben, ohne erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen oder unangemessen in Gewissens- und Glaubensfragen nachzugeben? Wie kann man – angesichts einer sozialistisch-kommunistischen Erziehung in Vorschule und Schule, Betrieb oder Volksarmee – christlich erziehen, leben und bekennen?

In Rostock sollte man sich Zeit nehmen für die gewaltige Marienkirche mit ihrem massiven Westwerk. Am besten ist es, einen Gottesdienst in dieser weißgetünchten Hallenkirche mitzufeiern.

Im Kloster zum Heiligen Kreuz sind Rostocker Kunstschatze untergebracht. Barlachs riesige Bettlergestalt von 1930, Graphiken von Dürer und L. Cranach, viele altniederländische Landschafts- und Genrebilder.

Aber die überhöhte, kaum zu steuernde Zentralheizung sowie die auch hier (nicht nur in Bremer Museen) fehlenden Luftbefeuchter gefährden die alten Holzmöbel

oder Ölbilder aufs äußerste. Jahrhundert haben diese Kunstschatze in gleichmäßig temperierten Räumen überdauert, und jetzt riskiert man ihr Ende.

Im Stadtmuseum, untergebracht auf fünf Etagen des alten Kröpeliner Tors war altes Spielzeug zu betrachten, völlig ideologiefrei präsentiert, leider fehlte das Papier für den unbedingt erforderlichen Katalog.

In den recht verkommenen Straßen, die in Stralsund zur Petrikirche führen, fotografierte ich an diesem Sonnabendvormittag Bauarbeiter, die eine Gasleitung legten und mich fragten: „Sind Sie vom „Neuen Deutschland“? Auf meine Antwort: „Nein, ich komme aus Bremen“, meinte einer: „Dann fotografier' uns doch mal und erzähl' euren Leuten, wie wir hier an einem Sonnabend arbeiten müssen“.

Eine Reise in dieses andere Deutschland regt an und deprimiert. Déprimierend ist die „Endlosigkeit“ der Teilung, der Mangel an Freiheit, der Freiheit, zu uns oder in ein anderes Land eigener Wahl zu reisen und wieder heimzukehren, die Freiheit, die Bücher, Tages- und Wochenzeitungen zu kaufen, die nötig wären, um am Gespräch teilnehmen zu können. Dabei ist vieles auch widersprüchlich, denn der Rostocker oder Wismarer kann

hören und sehen, was unsere Rundfunkanstalten senden.

Im Rostocker Interhotel „Warnow“ wird man nicht nur mäßig (Sonntagsessen!) ernährt, sondern kann sich in seinem Zimmer an Tagesschau oder Dallas belustigen, nur die FAZ, Le Monde oder die Neue Züricher Zeitung werden nicht angeboten.

Widersprüche gibt es viele. Im Unterschied zu früher aber werden diese durchaus wahrgenommen.

Dies gilt zumindest für unsere uns staatlich zugeordnete, lebenswürdige Frau H.

Das Ergebnis ist: Man wird selbst auch gesprächiger, bereiter, positive Entwicklungen in der DDR wahrzunehmen und zuzugeben und die eigene Gesellschaft kritischer zu sehen. Dies erleichtert und fördert das Gespräch. Reisen und Begegnungen sind zumindest für Bürger der Bundesrepublik Deutschland leichter geworden. Die Ergebnisse dieser Begegnungen mit Land und Leuten in der DDR werden ergiebiger in dem Maße, wie man Realitäten – vor allem die der grundlegenden gesellschaftlichen und ideologischen Systemunterschiede – zur Kenntnis nimmt. Dabei wird einem vor allem der Vorzug deutlich, in einer demokratischen Gesellschaft zu leben, wo das offene, strittige Ge-

### Terminankündigung

## Islam und Christentum

Tagung des „Arbeitskreises Theologie im EAK der CDU/CSU“ für Studenten, Oberstufenschüler und alle, die Interesse haben.

**9.–11. Januar 1987**

Karl-Arnold-Bildungsstätte  
Bonn-Bad Godesberg, Venner Straße 55  
Telefon 0228/31 1091

Anmeldung und Informationen:  
Kurt Erlemann  
Untere Neckarstraße 16, 6900 Heidelberg,  
Telefon 06221/10306 ab sofort

### Einladung zum Wochenendseminar

## „Was können wir und was dürfen wir –

**Fragen an die medizinische und biologische  
Forschung und Technologie?“**

**Freitag, 2. Januar bis Sonntag, 4. Januar 1987**  
in der Heimvolkshochschule Hermannsburg.

Information:

Anmeldung bitte **u m g e h e n d** an die  
Nieders. Luth. Heimvolkshochschule Hermannsburg,  
Postfach 1280, 3102 Hermannsburg,  
Tel. 05052/8006

oder

EAK-Kreisverband Soltau-Fallingb. Bostel  
Feldstraße 13, 3046 Wietzenhof, Tel. 05196/1333

sprach über *res publica*, also über die Dinge von öffentlichem Interesse selbstverständlich ist.

Deutschen in der DDR auch davon etwas mitzuteilen, ohne sie mit Hinweisen auf das ihnen nicht Zu-

gängliche zu betrüben oder gar zu kränken, viel mehr zu erstaunen über die kleinen Freiräume, die die Menschen sich dort geschaffen haben, um ihr Leben zu gestalten, auch das kann Ziel und Ergebnis

einer solchen Reise sein. Schließlich gilt zumindest für den Schreiber aber auch wohl für die Mitreisenden diese einfache erfahrene Wahrheit: Ich liebe dieses deutsche Land, auch dieses deutsche Land.

---

## Es muß viel vergeben werden

Nirgends ist man so undankbar wie in der Politik

Heinz-Georg Binder

---

Ehrlichkeit, Intelligenz und die Überzeugung von der absoluten sachlichen und moralischen Überlegenheit der eigenen Position – das seien drei Dinge, von denen immer nur zwei gleichzeitig vorhanden sein könnten. So sagte es mir einmal ein Spaßvogel, der damit einen bekannten bösen Witz über den Wahlkampf abwandelte. Ich bin geneigt, ihm zuzustimmen. Nun weiß ich nicht, ob der Bürger den Wahlkampf so will, wie er sich regelmäßig bei uns abspielt. Das fragen auch Politiker. Aber wir können sicher sein, der nächste Wahlkampf wird wieder so sein wie die vorigen. Auch die Voten der Kirchen, die mit wohlgesetzten Worten gegen die Methoden der Waschmittelwerbung, gegen die Unterstellungen, Verleumdungen und Verdrehungen zu Felde ziehen, werden nichts nützen. Wenn ich in diesen Wochen die mir bekannten Parlamentarier zum Kampf um den Bundestag ausschwärmen sehe, empfinde ich eher Mitgefühl als Kritik. Und ich habe dafür meine Gründe.

---

### Von der Partei verwundet

Politiker sortiert man normalerweise nach Parteizugehörigkeit. Das ist eine sehr unzulängliche Einteilung. Hier sollen einige andere Kategorien genannt werden, die vom Parteibuch ganz unabhängig sind. Da sind zunächst die

Parteiverwundeten. Es handelt sich zumeist um diejenigen, die es gerade eben noch geschafft haben, von den heimatlichen Partiegremien wieder aufgestellt zu werden. Kaum irgendwo ist man so undankbar wie in der Politik, und kaum irgendwo ist man so schnell weg vom Fenster. Da gibt es Männer und Frauen, die sich um die Menschen in diesem Staat verdient gemacht haben, die hervorragende Fachleute sind, auf die das Parlament eigentlich nicht verzichten kann. Aber vielleicht sind sie nicht oft genug bei den Schützenfesten und Feuerwehrtreffen in ihrem Wahlkreis tingeln gegangen. Vielleicht haben sie auch nur eine Lokalgröße verärgert, vielleicht waren sie einfach zu ehrlich, sich den Stimmungsänderungen an der Parteibasis immer gleich anzupassen. Jetzt haben sie ihren eigentlichen Wahlkampf schon hinter sich.

Fast hätte es nicht mehr gereicht. Die Delegierten haben ihnen mit aller Frische gesagt, welche Dinosaurier sie sind und wo es eigentlich längs geht. Diese Wunden sind noch nicht vernarbt. Im Grunde müßte man sich jetzt erst einmal erholen. Aber die Kapelle hat zu spielen begonnen. Und wenn es auch noch so wehtut, wenn auch die Zweifel gewachsen sind, ob das denn eigentlich noch die eigene Partei ist, auf die man einmal gesetzt hatte, jetzt ziehen die Gladiatoren auf das Kampffeld.

---

### Parlamentarische Jagdhunde?

Gewisse Ähnlichkeiten sehe ich bei den arbeitsamen parlamentarischen Jagdhunden, die beim Wahlkampf jedoch zur Jagd getragen werden müssen. Da hat man vier, acht oder mehr Jahre mit den Kollegen der eigenen Partei – aber eben auch mit den Kollegen der anderen Parteien – im Ausschuß zusammengehockt. Gewiß, man hat sich gestritten, es gab sogar kämpferische Auftritte im Plenum. Aber im Grunde hat die Sache, an der zu arbeiten war, doch mehr verbunden als getrennt. Bei wievielen Aufgaben der Gesetzgebung sind die Meinungsunterschiede zwischen den Fachleuten der gegnerischen Parteien verschwindend gering, wie oft versteht man sich mit dem Fachmann bzw. der Fachfrau im anderen Lager letztlich besser als mit den Streithammeln in den eigenen Reihen. Jetzt aber hat die Trompete das Signal gegeben. Der Torero muß in die Arena. Das Gesetz der Wahlkämpfe will es so. Man sieht das ja auch ein. Man will den Bürger überzeugen, sein Vertrauen gewinnen. Wenn nur die vielen Mißtöne nicht wären. Die aus den eigenen Reihen schmerzen in den Ohren nicht minder als die von der anderen Seite. Und eigentlich freut man sich auf die Zeit, in der man wieder im „Langen Eugen“, dem Abgeordnetenhochhaus am Rheinufer, gemeinsam bei der Sacharbeit sitzt.

## Sieger oder Besiegter?

Am meisten Mitleid jedoch habe ich mit den „Champions“. Das sind die großen Strahlmänner, die Bildschirmbekannten, bei denen die Musik einen Marsch spielt, wenn sie ins Bierzelt einziehen. Kein Zweifel, sie sind Könner, aber sie wissen es auch. Da gibt es keinen Zwischenruf, nach dem sie nicht doch noch durch ihre Schlagfertigkeit die Lacher auf ihre Seite ziehen. Zum Schluß bringen ihnen die Leute stehend Ovationen. Und dann geht es mit dem Hubschrauber oder dem Auto zur nächsten Versammlung

der Begeisterten. Ob am Ende Sieger oder Besiegter, wie entgeht man auf dieser Stufe dem Gefühl der eigenen Größe? Und wie groß ist für den Christenmenschen die Gefahr, Schaden zu nehmen an der eigenen Seele?

## Vergebung für uns alle

Eigentlich müßten wir am Tag der Wahl einen großen ökumenischen Aschermittwochs-Gottesdienst halten und uns gegenseitig ein dickes Aschenkreuz auf die Stirn malen. Wir Pastoren den Politikern, damit sie die Sündhaftigkeit ihrer Ausrutscher im Wahl-

kampf bekennen. Und die Politiker den Pastoren, damit wir einsehen, daß das Gefühl der moralischen Überlegenheit eine noch größere Sünde sein kann. Uns allen muß viel vergeben werden, das ist wohl wahr. Übrigens: Wahlkampf ist der Kampf um die Macht im Staate. Andere Leute meinen, sie müßten diesen Kampf mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Bombenanschlägen auskämpfen. Da will ich dann doch lieber die Entgleisungen unseres Wahlkampfes ertragen.

Heinz-Georg Binder ist der Bevollmächtigte des Rates der EKD in Bonn und der Evangelische Militärbischof.

## Ein Traum: Wir protestieren uns zu Tode . . .

Ob in Printmedien mit zuviel Text oder mit zuvielen Bildern, im Fernsehen oder auf manchen Kanzeln und Kathedern: Überall begegnet der Eindruck unentrinnbarer Trostlosigkeit, ja der Verdammtheit des Gegenwärtigen. Neil Postmans „Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie“ kommt zum Ergebnis: „Wir amüsieren uns zu Tode.“ „Wir“ – das sind doch nicht etwa nur die berufsmäßigen Erzeuger, Verwalter und Vertreter der veröffentlichten Meinung? Oder träume ich schon?

Das Wehklagen über die verderbte Zeit ist nicht neu. Einst tatsächliches oder angebliches „Privileg“ von Religionsgemeinschaften, ist die *ecclesia clamans* schon längst eine säkulare Größe; sie hat eine neue Heimat gefunden. Beileibe nicht nur bei den Gewerkschaften. Es gibt zahlreiche Forderungsverbände, die alle möglichen Ungerechtigkeiten anprangern und auch Neid organisieren. Auch in der pädagogischen Provinz haben sich längst Dauerproteste etabliert. Auch die Politik lebt von solchen Sozialisationsprozessen. Nur kurz vor dem Wahltag entfernen sich für die Regierenden die öffentlichen Gefühle von ihrer Misere und nähern sich dann der „Basis“ an. Da ist dann „Hessen vorn“ (Hessen liegt überall!). Ansonsten würzt Trübsinn den Genuß des Wohlstands (nicht nur in Dallas); man erfreut sich des Wohlergehens und liest Heinrich Böll. Aber vielleicht irrt Johannes, dem ich im Traum ein wenig gefolgt bin (natürlich Johannes Gross).

Mußte einst ein hoher Repräsentant unseres Staates für „Sand im Getriebe“ werben, so sind heute vor allem unsere Polizeibeamten (zuweilen „von oben“ unter dem Alibi der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ im Stich gelassen!) die Prügelnaben der

Nation mit ihren militanten oder verbalen Dauerprotesten, die nicht selten auf die Unterstützung der Medien und mancher Richter rechnen können. Gott sei Dank gibt es auch noch mutige Redakteure, die lieber gehen (oder das Gegangenerwerden auf sich nehmen) als „Paniknummern“ machen. Dann strahlen andere Sterne und lassen Vier- und Fünfjährige als Plakatwände und Schutzschilder für bestimmte Überzeugungen über Straßen und Bauzäune gehen. Verantwortliche Elternschaft! Oder träume ich? Vorschulkinder bekunden im Illustriertext ihre kritische Urteilsbildung: „Es gibt keine sicheren Kernkraftwerke“! Jugend forscht? Oder werden hier Ängste mißbraucht oder gar erst geschaffen? Als Untertitel zu dieser Apokalypse lese ich: „Deutschland ist eine zuweilen peinlich pädagogische Provinz, in der beinahe jedermann jeden anderen über beinahe alles zu belehren vermag. Natürlich gibt es Arbeitsteilung. Wer den Eltern sagt, wie sie die Kinder erziehen sollen, hat am besten selber keine, die verkehrserziehende Obrigkeit fährt selber mit Chauffeur, den Unternehmer belehren die Beamten und Bankiers ermahnen die Arbeitnehmer zum Maßhalten.“ Pfarrer setzen, durch die Kanzelbrüstung geschützt, moralisches Denken an die Stelle des Politischen. . . So lese ich im Traum Gross weiter. Vielleicht bin ich schon zu alt und angepaßt? Schweißgebadet wache ich auf, verlasse die öffentliche Meinung und lese wieder die veröffentlichte. Vielleicht bin ich „angepaßt“. Wenigstens als Tagtraum frage ich: Die mit den Dauerprotesten nicht?

**Anm.:** Der Autor dieses Beitrages, Prof. Dr. Karl Dienst, ist Oberkirchenrat bei der Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Quelle: *idea-spektrum*, 8. Oktober 1986.

---

# Namen und Nachrichten

---

## Wenn Uwe Seeler Hamburger Bischof wäre

Zur evangelischen Kirche, in der er getauft und konfirmiert wurde, hat **Uwe Seeler** ein eher distanzierendes Verhältnis. Er schimpft über die Vergeudung von Kirchensteuern und hat kein Verständnis dafür, „daß man eine Kirche nach der anderen baut und dabei sind doch die meisten Kirchen am Sonntagmorgen leer! Ich kenne viele Geschäftsleute, die Unsummen von Kirchensteuern zahlen, aber noch niemals ihren Pastor zu Gesicht bekommen haben, es sei denn in der Familie ist Taufe, Hochzeit oder Beerdigung, wo man dann hin muß.“ Auf die Frage, was er denn ändern würde, wenn er Bischof von Hamburg wäre, antwortet Seeler: „Ich würde die Pastoren und ihre Mitarbeiter auffordern, sich intensiver um die Menschen in ihrem Gemeindebezirk zu kümmern, auf sie zuzugehen und nicht zu warten, bis die Außenstehenden in die Kirche kommen.“

---

## Landessuperintendent Henze zur Aufgabe der Kirche

Anlässlich seines 60. Geburtstages äußerte sich Landessuperintendent **Ernst Henze** im Gespräch mit **Menno Aden** zur gegenwärtigen Situation und zum zukünftigen Weg „seiner“ evangelischen Kirche:

„Wir täten gut daran, mehr zu schweigen. Das Wort von der Weltverantwortung der Kirche ist ein Irrtum. Der ferne Nächste, das ist schon verdächtig, man übersieht dabei zu leicht den, der einem direkt vor den Füßen liegt. Vor lauter Weltgeschehen vergessen manche die Not nebenan. Jesus hat sich auch nicht an irgendeinen fernem Cäsar gewandt, sondern an die arme Witwe. Im kleinsten begegnen Not und Elend, hier ist unsere Zuwendung gefragt.“

---

## Keine Liberalisierung in der sowjetischen Religionspolitik

Im Gegensatz zu Kirchenpräsident **Helmut Spengler**, der nach einer elftägigen Reise durch die Sowjetunion im August noch davon sprach, daß der Regierungsstil des sowjetischen Parteichefs **Michail Gorbatschow** sich ungewöhnlich positiv auf das Verhältnis von Kirche und Staat auswirke, warnte der Schweizer Theologe **Eugen Voss** jetzt davor, im Westen Tatsachen über die Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion zu unterschlagen. „Dann haben wir es mit einer Sowjetisierung der öffentlichen Meinung zu tun, mit einem Sieg der sowjetischen Propaganda.“ Die Bilanz der sowjetischen Religionspolitik bezeichnete Voss, der Leiter des schweizerischen Informationsdienstes „Glaube in der 2. Welt“ und Mitglied der Schweizer KSZE-Delegation ist, als insgesamt negativ.

---

## Heiner Geißler über den EAK

In einem Interview mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt „Über das Verhältnis zwischen Religion und Politik“ sagte der Generalsekretär der CDU über den EAK: „Der EAK spielt heute eine herausragende Rolle im evangelischen Raum. Der Arbeitskreis ist auch gegründet worden, um die Mit-

wirkungsmöglichkeiten evangelischer Christen innerhalb der CDU sowohl personell wie inhaltlich zu verbessern. Das hat sich allerdings inzwischen längst durchgesetzt. Von sechs Unionsministerpräsidenten sind zum Beispiel zwei katholisch und vier evangelisch. Die Frage nach der Konfession spielt in der CDU nicht mehr dieselbe Rolle wie früher.“

---

## Inkatha-Führer Buthelezi: Für Kooperation zwischen Schwarz und Weiß

Vor den negativen Folgen westlicher Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika für die dortige schwarze Bevölkerung hat der Präsident der nach eigenen Angaben größten Anti-Apartheid-Bewegung des Landes, **Inkatha, M. Gatscha Buthelezi**, gewarnt. Wie Buthelezi auf einer Menschenrechtstagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn sagte, zahlten in erster Linie die Schwarzen den Preis für wirtschaftliche Boykotte. Nach Schätzungen von Experten würde die Zahl der Arbeitslosen in Südafrika durch Sanktionen bis zum Jahr 2000 auf etwa acht Millionen ansteigen. Zudem schädeten Boykottmaßnahmen vor allem der Wirtschaft der südafrikanischen Nachbarstaaten und gefährdeten eine demokratische Zukunft Südafrikas. Nach Ansicht Buthelezis, der auch Ministerpräsident des „Homelands“ KwaZulu ist, läßt sich der südafrikanische Staatspräsident Botha nicht durch ökonomischen Druck „zur Kapitulation zwingen“. Buthelezi appellierte an Botha, alle politischen Häftlinge freizulassen und damit Gespräche mit schwarzen Repräsentanten möglich zu machen: „Die friedliche Kooperation wird dann zwischen Schwarzen und Weißen kommen, wenn der Staatspräsident es Schwarzen ermöglicht, in der Nationalversammlung mit ihm zu verhandeln.“ Buthelezi wies ferner darauf hin, daß die Schwarzen mehrheitlich den bewaffneten Kampf ablehnten und eine politische Lösung wollten. Bundeskanzler **Helmut Kohl** dankte Buthelezi in seiner Ansprache für dessen „unermüdlichen Einsatz für Gewaltlosigkeit und rechtsstaatliche Demokratie“.

---

## Radunski: Union setzt auf Hoffnung

Die Union setzt im Wahlkampf auf die Hoffnung. Wie der Bundesgeschäftsführer der CDU, **Peter Radunski**, in Frankfurt bei einem Streitgespräch mit dem Bundesgeschäftsführer der SPD, **Peter Glotz**, sagte, werde die CDU die durch Umfragen in der Bevölkerung belegte Tendenz zu größerem Optimismus für ihre Wahlkampagnen nutzen. „Hoffnungswahlkämpfe, die Mut zur Zukunft machen, können sich gegen Angstwahlkämpfe durchsetzen“, sagte Radunski bei der vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik veranstalteten Diskussion.

Die politische Situation hat sich nach Auffassung des CDU-Geschäftsführers heute gegenüber den zurückliegenden Bundestagswahlkämpfen „erheblich entdramatisiert“. Hätten damals Kriegsangst, ökologische Krise und drohender Staatskankrott als bedrohliche Themen vorgeherrscht, so sei heute eine Wandlung zu „dosiertem Optimismus“ eingetreten. Ein „neu gewonnenes Selbstbewußtsein“ in der Bevölkerung und eine technikfreundlichere Grundeinstellung unter Jugendlichen hätten die früheren Wahlkampfthemen irrelevant gemacht, sagte Radunski.

# Aus unserer Arbeit

## Wallmann dankt Kirchen für Mahnung und Rat

**Bonn.** Zentrale Aussagen auf der Grundlage der biblischen Schöpfungsberichte machte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, **Walter Wallmann**, in Bonn vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Es sei das Geschenk der Freiheit, das die Gottesebenbildlichkeit und damit die besondere Würde jedes einzelnen Menschenwesens im Gesamtzusammenhang der Schöpfung ausmache, sagte Wallmann. Menschliche Freiheit aber sei Gabe und Aufgabe zugleich: „Damit ist auch die Grundlage des Prinzips Verantwortung bezeichnet. Denn als Gabe ist Freiheit die Fähigkeit, Verantwortung wahrzunehmen; als Aufgabe ist sie die Pflicht, von dieser Fähigkeit Gebrauch – und zwar den rechten Gebrauch – zu machen.“

Die Frage, ob das Instrumentarium der Sozialen Marktwirtschaft geeignet sei, den ökologischen Herausforderungen wirksam zu begegnen, bejahte der CDU-Politiker. Dazu bedürfe es der Ergänzung des traditionellen Zielkataloges der Wirtschaft (Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes Wirtschaftswachstum und gerechte Einkommensverteilung) um den Punkt „Erhaltung der natürlichen Umwelt“. Schon aus Gründen einer deutlichen Signalwirkung halte er eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes für wünschenswert.

Nur ein parlamentarisch demokratisches System und eine an soziale Verantwortung gebundene Marktwirtschaft böten überhaupt Chancen für die jetzigen und künftigen Generationen, die Bedürfnisse der Menschen hier und in Ländern der Dritten Welt zu befriedigen, dabei die natürlichen Ressourcen möglichst sparsam zu nutzen und die Umwelt so gut wie möglich zu schützen. Nur in einer parlamentarischen Demokratie könnten der natürliche Egoismus der jetzt lebenden Menschen gebändigt, die Interessen der Nachkommen im Auge behalten werden.

Es gelte, sich immer wieder an den Wegmarken zu orientieren, „die das christliche Menschen- und Weltbild uns zeigt“, fuhr der Minister fort. „Es ist der Weg zwischen Vergöttlichung der Natur und Vergöttlichung des Menschen, zwischen mythischer Weltanschauung und wertevergessener Fettschierung der Technik. Es gibt keine verantwortbaren Alternativen zur kritischen Vernunft und zum technischen Fortschritt. Wir können die ökonomischen und sozialen Probleme unserer Zeit – und dazu gehören auch die Umweltprobleme – nur lösen, wenn wir die Möglichkeiten der Technik im Bewußtsein unserer Verantwortung für Mensch und Natur intelligent nutzen“, sagte Wallmann. Es gehe letztlich um die Durchsetzung des Prinzips Verantwortung in der Ökonomie: „Umweltschädliches Wirtschaften darf sich nicht mehr auszahlen; nur noch umweltverträgliches Wirtschaften darf sich lohnen!“

Wenn man die Fragen der Energiepolitik nach Tschernobyl bedenke, dürfe man

nicht außer acht lassen, daß keine der beiden großen Energiequellen – Kernkraft und fossile Brennstoffe – ohne Risiko sei. Bei den notwendigen Entscheidungen könne christliche Ethik allein nicht die Richtschnur liefern. Die Deckung des wachsenden Weltenergiebedarfs allein aus der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas werde spätestens Anfang des nächsten Jahrtausends zu ungeheuren Umweltschäden führen. Die Verantwortung, die nicht an den Grenzen der Bundesrepublik oder der Industrienationen aufhöre, fordere Nüchternheit und sorgfältiges Abwägen. Walter Wallmann: „Den Ausstieg können wir uns vielleicht finanziell erlauben, aber wir können uns das moralisch nicht erlauben. Aussteigen ist nicht nur keine Antwort auf die schwierigen Fragen, Aussteigen ist auch eine unchristliche Haltung.“

Positiv äußerte sich der Minister über Verlautbarungen der Kirchen. Das galt sowohl der Demokratie-Denkschrift der EKD als auch dem gemeinsamen Wort von EKD und katholischer Bischofskonferenz zur Umweltfrage. Wallmann bezog sich darauf, als er sagte: „Ich bin den beiden großen christlichen Kirchen sehr dankbar dafür, daß sie dieses ermutigende Wort gesprochen haben. Dankbar bin ich ihnen aber gleichfalls für manche Mahnung und manchen Rat, mit dem sie unsere Umweltpolitik im Geiste kritischer Solidarität begleiten.“

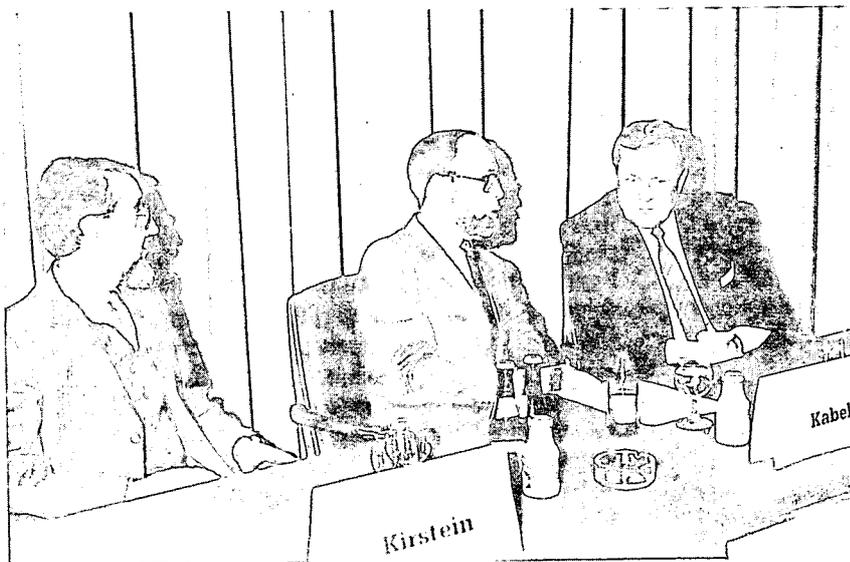
Rudolf Ort

## Die politische Lage Israels in der arabischen Welt

**Schriesheim.** Vor zahlreichen Mitgliedern und Freunden des EAK gab Botschaftsrat **Jehudi Kinar**, Bonn, einen Überblick über die Geschichte des Staates Israel und schilderte die wirtschaftliche, soziale und politische Lage seines Landes. Der Referent stellte seinen Ausführungen einen Film voran, der die schwierige strategische Situation des 1948 gegründeten Staates aufzeigte. Zum derzeitigen Verhältnis zu Ägypten meinte der Botschaftsrat: „Kalter Friede ist besser als heißer Krieg.“ Auf die zentrale Frage nach dauerhaften Friedensaussichten im Nahen Osten antwortete der Redner: „Wer nicht an Märchen glaubt, ist kein Realist.“

## „Südafrika – Herausforderung für uns Christen“

**Konstanz.** Unter vorstehendem Titel stand ein Informationsabend, den der EAK und die Junge Union des Kreises Konstanz gemeinsam veranstalteten. **Ute Moßbrucker**, EAK-Kreisvorsitzende, begrüßte dazu



Bundesminister Dr. Walter Wallmann mit den EAK-Kreisvorsitzenden Bonn und Rhein-Sieg, Dr. Rudolf Kabel und Dr. Roland Kirstein.

Pfarrer i. R. **Walter Schäfer**, der mehrere Jahre in der südafrikanischen Provinz Natal verbracht hat. Mit Lichtbildern, die auf einer Reise in diesem Sommer entstanden waren, lieferte **Dr. Hansjörg Hirschmann** optische Eindrücke nicht nur von südafrikanischer Landschaft, sondern auch von den schwarzen Elendsvierteln rund um die großen Städte.

Pfarrer Schäfers Appell, die Beziehungen zu Südafrika nicht abreißen zu lassen, stieß in der folgenden Diskussion nicht nur auf Zustimmung. Insbesondere bei den Angehörigen der Jungen Union herrschte die Ansicht vor, daß Sanktionen zumindest als Zeichen nötig seien, um eine überfällige Entwicklung voranzutreiben helfen.

---

#### „Anrecht auf Respekt“

---

**Oldenburg.** Auf die Notwendigkeit einer gleichgewichtigen Belastung in Zivil- und Militärdienst hat **Edgar Lamm**, Leiter der Zivildienstschule Bremen-Ritterhude, vor Mitgliedern und Gästen des EAK hingewiesen. Sowohl Zivil- als auch Militärdienst hätten „ein Anrecht auf Respekt“.

---

#### Mensch und Technik

---

**St. Georgen.** Zu einer Veranstaltung zum Thema „Mensch und Technik“ hatte der EAK nach St. Georgen eingeladen. Neben Vorstandsmitglied **Georg Rosenfelder** nahmen **Georg Papst**, Geschäftsführer der Papstwerke, Oberstudienrat **Engisch** sowie der Kreisvorsitzende, **Reinhard Bauer**, Stellung.

Das Ergebnis des Abends faßte Georg Rosenfelder zusammen: „Die eigene Perspektive wurde erweitert, die Phantasie angeregt. Jeder muß sich die Frage stellen, an welcher Position er seinen Beitrag zur humanen Gestaltung der Zukunft aus christlicher Sicht leisten kann.“

---

#### Die Schweiz als Modell für Südafrika

---

**Heidelberg.** Südafrika nach Schweizer Vorbild zu „kantonisieren“ – dieses staatsrechtliche Modell scheint nach Ansicht von **Dr. Hansjörg Hirschmann** am ehesten dem westlichen Demokratiebegriff zu entsprechen; es sei eine von verschiedenen Möglichkeiten einer politischen Neuorientierung in Südafrika. Bei einer Diskussions- und Informationsveranstaltung des EAK in Heidelberg führte Hirschmann weiter aus, daß dieses Modell den einzelnen Siedlungsgebieten ihre Selbstbestimmung im Rahmen einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft sichern könnte.

**Dr. Karl A. Lamers**, Kreisvorsitzender der CDU Heidelberg, sprach sich ebenfalls für eine „evolutionäre“ Gangart aus, um Südafrika eine neue Zukunft zu eröffnen.

## Erinnerung an Elisabeth Schwarzhaupt

Albrecht Martin

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, widmete unserem Ehrenvorstandsmitglied, Bundesministerin a. D. Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, den folgenden Nachruf.



In der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 1986 starb im Alter von 85 Jahren Elisabeth Schwarzhaupt. Mit ihr verlieren Kirche und Politik gleichermaßen eine prägende Persönlichkeit, eine geistreiche Streiterin für Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Ihr nicht nur beruflich ungewöhnlicher Lebensweg begann Ende der 20er Jahre nach dem 2. juristischen Staatsexamen in einer Rechtsschutzstelle, die sich minderbemittelter Frauen annahm. Nicht zuletzt aus dieser Tätigkeit folgte ihr konsequentes und frühes Engagement für die Ziele der Frauenbewegung.

Noch vor dem 2. Weltkrieg, in schwieriger Zeit, wurde Frau Schwarzhaupt Mitarbeiterin der Evangelischen Kirche. Nach 1947 setzte sie diese Tätigkeit unter Kirchenpräsident Martin Niemöller fort, gleichzeitig wurde ihr die Geschäftsführung der evangelischen Frauenarbeit übertragen.

Ihr Engagement in gesellschaftspolitischen Fragen führte dazu, daß Hermann Ehlers, seit 1951 Bundestagspräsident, die damalige Oberkirchenrätin bat, für die CDU zum Bundestag zu kandidieren, in dem sie 16 Jahre lang, von 1953 bis 1969 mitarbeitete. Zwischen 1961 bis 1966 wurde sie die erste Ministerin in einer Bundesregierung.

Schon bald schloß sich die engagierte Christin dem von Hermann Ehlers gegründeten Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU an, dessen Bundesvorstand sie bis zuletzt als Ehrenvorstandsmitglied angehörte. Auch hier scheute sie weder die Übernahme von Verpflichtungen noch ein beherztes Wort. Als langjährige Mitherausgeberin der „Evangelischen Verantwortung“ veröffentlichte sie dort zahlreiche sehr grundsätzliche und nicht nur für die Arbeit des EAK wegweisende Beiträge, in denen ihr Lebensthema, die Gleichberechtigung der Frau, oftmals wiederkehrte. In dieser Frage wird für sie nicht zuletzt ein Stück christliches Menschenbild deutlich.

Für Elisabeth Schwarzhaupt bedeutete die Zugehörigkeit zur Union die ständige Verpflichtung, politisches Handeln aus der Verantwortung des Christen in allen Einzelfragen bewußt zu machen. Darum scheute sie sich auch nicht vor unkonventionellen und mitunter unbequemen Aussagen. In Kirche und Politik gleichermaßen zu Hause, gelang es ihr immer, Gegensätze zu überwinden und beide Seiten zu einem verstehenden Miteinander zu führen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat Elisabeth Schwarzhaupt für ihre mehr als 30jährige Mitarbeit zu danken. In ihrem selbstlosen Einsatz wird sie uns ein unvergeßliches Vorbild bleiben.

---

#### Partnerschaft zwischen Kirche und Staat

---

**Maulbronn.** Gemeinsam mit dem Stadtverband Maulbronn veranstaltete der Kreisverband des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU einen Diskussionsabend über das Thema: „Kirche und Staat – Chancen und Grenzen einer Partnerschaft“. Hierzu hielt **Birgit Heide**,

Referentin in der EAK-Bundesgeschäftsstelle (Bonn) einen Vortrag.

Neben zahlreich erschienenen Zuhörern konnte die stellvertretende Kreisvorsitzende, **Dora Duppel**, den geschäftsführenden Vorsitzenden des EAK Baden, **Dr. Michael Feist**, begrüßen. Dr. Feist hielt zu Beginn der Veranstaltung eine kurze Besinnung, in deren Mittelpunkt er die Anregung stellte: „Im Evangelium zu Hause und in der Politik tätig sein“.

**Brät**  
für die Welt

**Brät**  
für die Welt

**Brät**  
für die Welt

Liebe Leser,

"Gib einem Hungernden einen Fisch, und  
er wird einen Tag lang satt sein. Lehre  
ihn fischen, und er wird nie mehr hungern."

Mit diesem asiatischen Sprichwort und der  
Empfehlung für den Sylvestersabend

"Brot statt Böller"

verbinde ich die Bitte um eine Spende und  
die guten Wünsche der EAK für eine  
geregnete Ernte- und Winterszeit  
mit einem guten Prost in das Jahr 1987.

Herzlichst  
Joh. Knorr macht

**Brät**  
für die Welt

**Brät**  
für die Welt

**Brät**  
für die Welt

Postgiro Köln 500 500-500